



Weg mit der Schuldflüge!

Der andere Weg
deutscher Außenpolitik

Von Alfred Roth

Die Wahrheit muß herfür zu gut
Dem Vaterland. Das ist mein Mut!
Kein anderer Ursach ist auch Grund,
Drum ich hab' aufgetan den Mund.

Ulrich von Hutten

Preis 50 Pfennig

1927

Alfred Roth / Verlag / Stuttgart / Feuerseeplatz 7
Druck der Chr. Belser A.G. / Buchdruckerei / Stuttgart

Alle Rechte vorbehalten.

Die Schrift bildet eine Zusammenfassung von Vorträgen über die Kriegsschuldfrage, welche im Winter 1926/27 gehalten wurden. Die Form der Rede ist absichtlich beibehalten worden. Der Verfasser ist bereit, solche Vorträge nach Vereinbarung überall im Reiche zu halten. Zuschriften deswegen nach Stuttgart, Feuerseeplatz 7, erbeten.

Deutscher Befreiungs-Bund

Der andere Weg deutscher Außenpolitik

Das deutsche Volk steht wieder in Gefahr, ein Opfer seiner Gutgläubigkeit zu werden. Es strebt aus dem Drange seines menschheitlichen Sinnes heraus einer „Verständigung“ mit seinen Feinden zu, und dieser Drang hat es zuletzt sogar in den sogenannten „Völkerbund“ hineingeführt. Locarno, Thoiry und Genf sind drei Sterne am außenpolitischen Himmel Deutschlands, die auch manchem guten Deutschen hell und silbern strahlen; sie erfüllen fast unser gesamtes Volk mit Hoffnungen, deren Verwirklichung allerdings noch in unerreichbarer Ferne steht.

Es ist seltsam! Wir erleben seit nun zehn Jahren eine Enttäuschung um die andere; wir werden von unsern Feinden um Zusagen und Versprechungen geprellt; aber wir machen trotzdem alle Anstrengungen, um durch die Befundung unseres guten Willens den guten Willen der anderen wachzurufen, uns Gerechtigkeit widerfahren zu lassen: jedoch wir erfahren dafür wieder nichts als Demütigungen und Bedrückungen und hohnvolle Abweisung unseres eifrigen Werbens um die Gunst der Entente. Und dennoch: **D e r D e u t s c h e g l a u b t a n V e r s t ä n d i g u n g.**

Er glaubt solange daran, bis er schließlich erkennen muß, daß seine Leichtgläubigkeit ihm nichts anderes einbringt als die Verewigung eines Zustandes für sein Vaterland, der für Volk und Reich unerträglich ist und eben darum immer unerträglicher werden muß. Sich daraus zu befreien, ist eine unabweisbare Pflicht für Deutschland. Aber kann das auf einem Wege geschehen, der uns zur Anerkennung von Verhältnissen zwingt, die eben als die Ursache alles Unheils von uns erkannt werden müssen, das über uns gekommen ist?

Das ist die Frage, um die sich aller Streit dreht. Wie und vor allem wann er entschieden werden wird; davon hängt ganz wesentlich

die Gestaltung des deutschen Schicksals ab. Wir werden es meistern, sobald die deutsche Volksseele zu ihrer ursprünglichen Kraft wieder zurückfindet, was geschehen wird, sobald sie sich freigemacht hat von dem niederdrückenden Bewußtsein: als Schuldiger und Bittender vor den Völkern der Entente stehen zu müssen, die dem deutschen Volke die ungeheuerlichen Lasten der Dawestribute auferlegt haben, weil es angeblich die Schuld am Weltkriege hat.

„Deutschland hat am 1. Dezember 1925 den Einspruch in den Ring seiner Gegner gewagt, und es hat ihn mit Verzichtenerkauft, obwohl die Präambel und der 231. Artikel des friedlosen Friedens zu Unrecht behaupten, daß der Deutsche den Weltkrieg verschuldet habe. Vielleicht ist auch das ein Stück seiner tragischen Sendung, einer Sendung, die nun von ihm den Austrag des Kampfes um sein Recht und um die Lebensrechte des Deutschthums im Schoße des Völkerbundes fordert.“

Diese Worte Hermann Stegemanns, des Deutschschweizers, eines Mannes, dessen Bücher in aller Welt um ihrer Gründlichkeit willen höchstes Ansehen genießen, mögen ein gewisser Trost für uns sein, wenn wir unsere Lage miteinander überdenken. Die Tragik unseres Geschicks tritt uns ja nie so deutlich ins Bewußtsein, als wenn wir das Vaterland von heute mit dem von 1914 bei Ausbruch des Krieges vergleichen.

Als wir damals — in den Augusttagen 1914 — hinauszogen ins Feld, da war nicht einer unter uns, der nicht marschiert wäre in dem Glauben an unser gutes deutsches Recht. Er erhob das ganze deutsche Volk zu jener stolzen Höhe der Einmütigkeit und des gemeinsamen Wollens und Handelns, die jene Taten zeitigte, deren Ruhm auch noch das Dülster unserer Tage hell durchbricht. Wir waren allesamt erfüllt von dem Gedanken: für unsere gerechte Sache einen Abwehrkampf gegen übermütige Feinde führen zu müssen, die keinen andern Drang hatten, als das mächtig aufstrebende Deutschland zu zertrümmern.

Wir stritten tapfer und gut, solange uns dieser Glaube erfüllte, darum gehörte es zu den Kriegslisten unserer Feinde, daß sie uns jenen zu rauben trachteten. Was sie dazu an Lügen aufbrachten und verbreiteten: wir alle haben's erlebt, und wir wenden uns heute noch mit Abscheu ab von den niederträchtigen und abgefeimten Behauptungen, die sie dazu in die Welt sandten. Wir und die Welt wurden dumm gemacht, so daß sie und wir selbst am ehrlichen deutschen Namen zweifelten, bis wir schließlich unter der moralischen Last solcher Verfehmung zusammenbrachen.

Nachdem so unser Niederbruch und damit der Zweck des Krieges erreicht worden ist, machen unsere Feinde heute gar kein Hehl mehr daraus, daß sie selbst an alle jene Greueltäten gar nicht geglaubt

haben: ja, sie geben sogar offen zu, daß es von ihnen aufgebracht wurde. Lügen gewesen sind, um damit das deutsche Volk vor der übrigen Menschheit ins Unrecht zu setzen. So war es zu Beginn des Krieges mit den abscheulichen Behauptungen: deutsche Soldaten hätten den Kindern ihrer Feinde die Hände ab, sie mißbrauchten die Weiber der Feinde und schnitten ihnen die Brüste ab und sie benähmen sich in Feindesland wie die schlimmsten Barbaren. Keine dieser Lügen ist von ihren Urhebern bisher widerrufen worden, wenngleich längst auch von ihnen zugegeben worden ist, daß es eben — Lügen waren. Dafür nur ein Zeugnis, das die amerikanische Zeitschrift „Los Angeles Times“, eine der großen Zeitungen des Westens, veröffentlichte, als sie im März 1926 schrieb:

„Die Berichte über die Schandtaten der Deutschen während des großen Krieges sind noch unvergessen; nun aber stellt sich heraus, daß die Deutschen keine Franzosen an Scheunentoren kreuzigten, daß sie belgischen Kindern nicht die Hände abhackten, daß sie niemals Frauen die Brüste abschnitten, daß sie aus den Leichen der Gefallenen kein Fett schmorten, um Seife oder Dungstoffe daraus zu machen. Die Welt hat erfahren, daß dieses alles nur Kriegspropaganda war, um die Gemüter mobil zu machen. Es war ein Kampf mit Lügen, gerade wie mit Kugeln und mit Gasbomben. Es ist sehr peinlich, daß sich diese nun als Schauermärchen entpuppen. Das Beschämendste dabei jedoch ist, daß alle diese Greueltugenden für Amerika fabriziert wurden, um das amerikanische Volk in den Krieg zu zerren.“

So wurde es gemacht, um den deutschen Namen vor der Welt zu schänden und die Deutschen zum hassenswerten Auswurf der Menschheit in ihren Augen zu machen.

Es gibt ein Buch: „Die Geheimnisse von Crew House“, in dem die Lügenfabrikation der Entente während des Weltkrieges unter der Leitung des Lord Northcliffe eine überraschend offenergeizige Darstellung gefunden hat. Von diesen Geheimnissen sind die für uns Deutschen wohl erschütterndsten die, welche es ermöglicht haben, daß der englische Erstminister Lloyd George am 16. Mai 1918 an jenen Lord schreiben konnte:

„Ich vertraue darauf, daß Sie Ihre Aufmerksamkeit bald auf die Propaganda gegen Deutschland an der französischen und britischen Front richten werden, und ich bin sicher, daß viel geschehen kann, um die Moral der deutschen Truppen nach denselben Richtlinien zu zerlegen, die wir, wie mir scheint, mit großem Erfolge schon bei der österreichisch-ungarischen Armee befolgt haben.“

Wie das geschehen ist: wir Frontkämpfer wissen es alle. Wir kennen die schwarz-rot-gold umranderten Flugblätter, die seit dem Sommer 1916 aus feindlichen Flugzeugen über den deutschen Schützengräben in Millionen Stücken abgeworfen wurden, deren

Darlegungen stets darauf hinausliefen: Deutschland ist schuld am Kriege! — Der deutsche Militarismus will die Welt erobern! — Der Kaiser strebt nach der Weltherrschaft! — Versagt Euren militärischen Führern den Gehorsam! — Verlangt die Abdankung des Kaisers! — Werft die Waffen weg und lauft über, dann kommt der ersehnte Friede!

Jawohl, sie wußten auf den Saiten der deutschen Volksseele gut zu spielen. Sie verstanden es meisterhaft, Dissonanzen zu wecken und Volk und Führung so durcheinander zu bringen, daß sie in gegenseitigem Mißtrauen selbst die Kraft ausschölkten, mit der Deutschland bis dahin dem Ansturm der Feinde siegreich widerstanden hatte. So entstand dann der innere Streit um die Schuldfrage, der alle und alles lähmte und im November 1918 zum Umsturz führte. Einer der Herostraten hat es ja doch offen bekannt: „die Revolution läßt sich nur rechtfertigen mit Deutschlands Schuld am Weltkriege“, wie der erste revolutionäre Ministerpräsident von Bayern, der Jude Eisner, das damals aussprach. So reichten die Revolutionäre des Vaterlandes seinen Feinden die Hände, um es zu Fall zu bringen, und diese griffen die ihnen damit gebotenen Möglichkeiten gierig auf, um Deutschlands angebliche Kriegsschuld zur Grundlage des Versailler Diktates zu machen, das so zu einem Gewaltfrieden führte, wie er in der Geschichte der Menschheit ohne Beispiel ist.

Die Bedeutung der Schuldfrage für die gesamte Lage Deutschlands wird in unserem Volke noch lange nicht erkannt. Sonst wäre es nicht möglich, daß viele glauben, durch die Aufnahme des Deutschen Reiches in den Völkerbund sei die Schuldfrage gewissermaßen abgetan und dem deutschen Volke eine moralische Rechtfertigung zuteil geworden. Es ist kaum glaublich, mit welcher politischen Instinktlosigkeit in Deutschland derlei Behauptungen gläubig aufgenommen werden. Dabei haben doch gerade wir Erfahrungen mehr als genug gemacht, die uns darüber belehren können, was es damit für eine Bewandnis hat!

Ich will in diesem Zusammenhange nur auf zwei Vorgänge hinweisen, welche wir alle in der jüngsten Zeit erlebt haben:

Die „moralische Rechtfertigung Deutschlands“ durch seine Aufnahme in den Völkerbund bestand darin, daß der französische Ministerpräsident Poincaré unmittelbar hernach in zwei Reden die Behauptung von Deutschlands Schuld am Weltkriege stark hervorhob, und damit bekundete, daß Frankreich Wert darauf legt, sie auch künftig vor aller Welt aufrecht zu erhalten. Das ist von seinem Standpunkte aus auch durchaus verständlich, denn die Schuldfrage bildet die einzige Rechtfertigung des Versailler Vertrags. Solange darum der Artikel 231 besteht, solange die Präambel des Ver-

trages aufrecht erhalten bleibt, solange insbesondere die Note Clemenceaus vom 16. Juni 1919 fortbesteht, womit er den Artikel 231 begründete, solange kann keine Rede davon sein, daß der Vorwurf der Urheberchaft am Weltkriege gegen Deutschland irgendwie abgeschwächt oder aufgehoben oder gar gegenstandslos geworden sei. Daran ändert auch die Behauptung nicht das Geringste, Deutschland sei durch seinen Eintritt in den Völkerbund moralisch gerechtfertigt worden.

Es ist eine der vielen Unbegreiflichkeiten in der politischen Denkwiese der meisten Deutschen, daß sie ständig das Wunschbare als Tatsache nehmen und demzufolge den Dingen oft eine Bedeutung beilegen, die ihnen nicht innewohnt. Das wissen sich unsere Feinde in ganz besonderer Weise zunutze zu machen, wie das auch in diesem Falle wiederum geschehen ist. Ich weise Sie zum Beweise dessen auf ein diplomatisches Ballspiel hin, wie es sich erst in jüngster Zeit vor unsern Augen vollzogen hat:

Da meldete Anfang November der Draht: bei einem Essen der britischen „Liga für den Völkerbund“ am 4. November 1926 in London habe Lord Grey, der bekanntlich zu Ausbruch des Krieges der Ministerpräsident Englands gewesen ist, erklärt:

„Es habe heute keinen Zweck mehr, die Kriegsschuld einer einzelnen Nation zuzuschreiben. Es stände fest, daß die europäische Vorkriegspolitik, die Spaltung Europas in zwei Mächtegruppen und ihr blindes Wettrüsten gegeneinander, natürlich zum Kriege führen mußte.“

Es ist ohne weiteres zuzugeben, daß der Zweck der Kriegsschuld-lüge für England wie für die Entente längst erreicht worden ist, indem sie ihnen ermöglichte, Deutschland das Versailler Diktat und die Dawes-Verpflichtungen aufzuerlegen, deren Auswirkungen unser zerquältes Volk und Vaterland nahezu zum Erliegen bringen. Es ist also ein sehr geschickter diplomatischer Schachzug Englands, wenn es durch solche Erklärungen seiner Staatsmänner die Auf-
rollung der Kriegsschuldfrage zu verhindern
trachtet. Wir Deutschen sind ja so leicht zur Ergebung zu bringen in solchen Dingen. Da Englands Politiker wissen, daß in Deutschland eine immer stärker werdende Strömung der öffentlichen Meinung vorhanden ist, die den amtlichen Widerruf der Schuld-lüge von der Reichsregierung fordert, so sucht man die Gefahr abzubiegen, indem man namhafte Engländer unverbindlich erklären läßt: „es habe keinen Zweck mehr, die Kriegsschuld einer einzelnen Nation zuzuschreiben.“

Es ist tausend gegen eins zu wetten, daß sie damit in Deutschland Eindruck machen und das nationale Gewissen aufs neue einschläfern. Diese und keine andere Absicht wird damit verfolgt! Das

erkennen wir auch daraus, daß keine acht Tage nach jener Erklärung von Lord Grey von jenseits des Ozeans das Echo kam, das uns zeigt, wie die angelsächsische Zwerchdiplomatie am Werke ist, um Deutschland von einem Schritte abzuhalten, der das ganze Lügengebäude des Versailler Vertrages umzustürzen droht. Am 11. November 1926 wurde nämlich weiter gemeldet, der amerikanische Präsident C o o l i d g e habe in einer Rede in Kansas City anläßlich des Waffenstillstandstages ausgeführt:

„Amerika habe nicht das Bedürfnis, Nachforschungen darüber anzustellen, wie jener Krieg begonnen habe . . . für Amerika genüge es zu wissen, daß die Seite siegreich gewesen sei, auf der die Amerikaner gekämpft hätten.“

Das ist ja ganz schön und gut, aber es ist auch echt amerikanisch. Natürlich hat Amerika kein Bedürfnis, an dem durch das Versailler Diktat geschaffenen Zustande zu rütteln, denn er garantiert ihm dafür, daß die Kriegsschulden, die Frankreich, England, Italien und andere bei Amerika gemacht haben, von Deutschland restlos und bis auf den letzten Dollar bezahlt werden müssen. Denn das ist ja **der Sinn der Schuldlüge** gewesen, daß sie gegen Deutschland erhoben wurde, um es moralisch zu verdammen und ihm **als Sühne** die ungeheuerlichen Lasten aufzuerlegen, deren Abtrag jedem Deutschen der Gegenwart das Leben nahezu unerträglich macht.

In seiner Botschaft aus Versailles vom 28. Juni 1919, die der damalige Präsident W i l s o n an das amerikanische Volk richtete anläßlich der Unterzeichnung des Friedensvertrages, sagt er ausdrücklich mit Bezug hierauf:

„Es ist ein harter Vertrag, was die Pflichten und Strafen anbetrifft, die er Deutschland auferlegt; aber er ist nur hart, weil das von Deutschland begangene große Unrecht berichtigt und wieder gut gemacht werden soll.“

Dem entspricht auch ganz der Wortlaut des Artikels 231 des Versailler Vertrages. Er besagt:

„Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber aller Verluste und aller Schäden verantwortlich sind, welche die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Angehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezungenen Krieges erlitten haben.“

Und weiter heißt es im Artikel 227 in dem Abschnitte Strafbestimmungen:

„Die alliierten und assoziierten Mächte stellen Wilhelm II. von Hohenzollern, ehemaligen deutschen Kaiser, unter öffentliche Anklage wegen schwerster Verletzung der internationalen Moral und der Heiligkeit der Verträge.“

Die ungeheure Bedeutung dieser beiden Artikel ist denn auch von der deutschen Abordnung in Versailles klar erkannt worden, denn sie hat in den Gegenworschlägen der deutschen Regierung, wie auch in der Mantelnote dazu vom 29. Mai 1919 diese Behauptung zurückgewiesen und dazu erklärt: ihre Anerkennung erscheine

„um so unerträglicher, als es eine unbestreitbare historische Tatsache ist, daß einige der uns feindlichen Staaten, wie Italien und Rumänien, ihrerseits um territorialer Eroberungen halber in den Krieg eingetreten sind. Abgesehen davon, daß so eine einwandfreie rechtliche Grundlage für die Deutschland ausgebürdete Entschädigungspflicht nicht gegeben ist, soll die Höhe dieser Entschädigung durch eine von Deutschlands Gegnern eingesetzte Kommission festgestellt werden, ohne Anteil Deutschlands an der Beschlussfassung. Die Befugnisse dieser Kommission laufen einfach darauf hinaus, Deutschland wie eine große Konkursmasse zu verwalten.“

Nun, was in dieser Beziehung inzwischen für Deutschland rechtens geworden ist, wir haben es alle durchlebt, so daß wir nur zu gut wissen: die deutsche Regierung ist eigentlich nichts anderes mehr, als das Gerichtsvollzieheramt der Entente, das auf deren Geheiß alle nur erdenklichen Anstrengungen machen muß, um aus dem deutschen Volke und seiner Wirtschaft an Leistungen herauszuholen, was irgend herauszupressen ist.

Es gibt ein von unserem Landsmanne Theodor Hahn herausgegebenes Buch „Woodrow Wilsons Worte“. Darin findet sich auch ein Vorgang berichtet, der sich in den Tagen der Versailler „Friedens-Verhandlungen“ abspielte. Am 3. Juni 1919 versammelte in Paris Wilson die amerikanischen Abgesandten zur Friedenskonferenz um sich, um mit ihnen die deutschen Gegenworschläge zu besprechen und über eine etwaige Änderung der Vertragsbedingungen zu beraten. Dabei führte der Sachverständige Davis aus:

„Unter den gegenwärtigen Vereinbarungen werden die Deutschen, wenn sie keinen Wohlstand haben und nicht wieder an die Arbeit zurückgehen können, nichts bezahlen, aber andererseits, wenn sie sich frisch an die Arbeit machen und hart arbeiten und sparen, werden sie, je härter sie arbeiten und je mehr sie sparen, um so mehr bezahlen. Und das ist eigentlich ein armseliger Ansporn für die Deutschen, sich an die Arbeit zu machen und hart zu arbeiten.“

Das ist auch ein Beitrag zu dem Gerede von der „Atempause“, die uns angeblich zugestanden werden soll. Arbeiten und zahlen, das bleibt unentwegt die Parole, solange die Kriegsschuldlüge Deutschlands Verhältnis zur Entente bestimmt.

Einzig aus diesem Grunde müssen **die Steuereintreibungen dermaßen in die Höhe geschraubt werden**, daß jede geordnete Wirtschaftsführung dabei in die Brüche geht. Was mancherorts im Deutschen Reiche mit großen Hoffnungen begrüßt worden ist: die

Dawesgesetze, sie haben sich in den zwei Jahren ihrer Gültigkeit derart ausgewirkt, daß kein Mensch mehr daran glaubt, durch sie zu einer Rettung der deutschen Wirtschaft gelangen zu können. Im Gegenteil!

Da auch das sogenannte Sachverständigen-Gutachten ausdrücklich betont:

„Es ist zudem keine gewöhnliche Schuld, mit der wir uns befassen, denn Deutschland hat keine nennenswerten Verwüstungen erlitten, und an erster Stelle steht seine moralische Verpflichtung denen gegenüber, die so schwer durch den Krieg gelitten haben.“

So ist klar, daß auch der Dawesplan die Schuldlüge zur Grundlage seiner Verpflichtungen hat. So greift diese ungeheuerliche Anschuldigung täglich in ihren Auswirkungen in das Leben jedes einzelnen Deutschen ein und läßt ihn am eigenen Leibe verspüren, was Deutschland damit angetan worden ist. Aber das ist ja noch lange nicht alles! Im Dawesplane steht der Satz: „die deutschen Steuereinnahmen erscheinen dem Dawes-Komitee ungebührlich niedrig.“

Bedenkt man, daß dieses Gutachten durch das sogenannte Londoner Schlußprotokoll vom 16. August 1924 zum Range einer international anerkannten Urkunde erhoben worden ist, so wird man sich nicht wundern dürfen, wenn die ganze Welt jetzt als bewiesen und feierlich bekräftigt ansieht, daß unsere Steuern „ungebührlich niedrig“ seien und daß es nur gerecht und notwendig sei, die deutschen Steuern zu verdoppeln oder zu verdreifachen oder zu vervierfachen.

Im Jahre 1913, als Deutschland noch ein reiches Land war, als unsere Industrien nach allen Weltteilen ihre Produkte schickten und unsere Landwirtschaft sich blühend entfaltete, zahlte das deutsche Volk 1300 Millionen Mark jährlich an solchen indirekten Abgaben, welche die breiten Massen treffen (Zölle auf Bier, Tabak, Zucker und Verbrauchssteuern). Und das waren damals die Haupteinnahmen des Deutschen Reiches!

Das Rechenexempel der Daweskommission ist nun höchst einfach, meinte dazu unlängst der Berliner „Tag“: Wenn das reiche deutsche Volk 1300 Millionen Mark jährlich an indirekten Abgaben aufbringen konnte, so soll das arm gewordene deutsche Volk jährlich etwa die gleiche Summe, nämlich 1250 Millionen Mark an indirekten Abgaben dem Reparationsagenten zahlen. Und da dies dem Heißhunger unserer „Freunde von Locarno“ nicht genügt, so soll das deutsche Volk noch einmal dieselbe Summe aus Eisenbahnen und Industrie aufbringen. Die Gesamtlast beträgt also 2500 Millionen Mark jährlich. Das ist mehr als doppelt so viel, wie sämtliche deutsche Bundesstaaten vor dem Kriege

erhoben. Es ist beinahe ebenso viel, wie Reich und Bundesstaaten zusammen damals brauchten!

Die Folge davon ist, daß das Reich und die Länder sich andere Einnahmen suchen müssen. So mußte die Steuerschraube fester angezogen werden!

Die Herren von der Daweskommission dachten sich das sehr einfach, denn nach ihrer preisgekrönten Feststellung waren ja die Steuersätze in Deutschland „ungebührlich niedrig“. Jedoch was erlebten wir? Die erhöhten Steuern verhinderten jede Neubildung von Wohlstand. Es konnten keine Ersparnisse mehr gemacht werden. **Die Kaufkraft des Volkes wurde schwächer und schwächer.** Da aber das Volk kein Hausgerät, keine Anzüge, keine Stiefel mehr bezahlen konnte, gingen die Fabriken, die alles das herstellen, ihrem Ruin entgegen. Die Arbeitslosigkeit nahm infolgedessen erschreckend zu, und damit erhöhten sich die öffentlichen Ausgaben. Womit sollen diese erhöhten Ausgaben bezahlt werden? Mit erhöhten Steuern, — lautet die Antwort! So mußte die Steuerschraube wiederum angezogen werden. Und wiederum war die Folge: **weitere Verarmung, neue Arbeitslosigkeit, neues Anziehen der Steuerschraube.**

Auf diesem Wege — der noch längst nicht zu Ende geschritten ist — sind wir nun so weit gekommen, daß die Belastung an Steuern und Abgaben heute das Vierfache des Jahres 1913 beträgt. Wobei man ja nicht vergesse, daß wir noch in einem „Schonjahr“ leben. Ihr volles Gewicht wird die Last erst im Jahre 1928 erreichen! Bis dahin wird die Steuerschraube noch mehrmals weiter angezogen werden. Aus der vierfachen Last wird eine fünffache, eine sechsfache werden, und mit jeder Drehung der Steuerschraube wird das Volk ärmer und elender werden.

Der schwedische Finanzwissenschaftler Prof. Gustaf Cassel behält recht mit seiner Beurteilung des Dawespaktes, als er schrieb:

„Es ist der vollkommenste und wirkungsvollste Plan, der je für eine systematische Auszugaug eines unter modernen Haushaltformen lebenden Volkes erdacht ist. Es liegt tatsächlich die Gefahr vor, daß dieser Plan zu einem Absterben der deutschen Kultur und gleichzeitig zu einer Proletarisierung der deutschen Arbeiterklasse führen wird.“

Es kann sich demnach jeder selbst ausmalen, zu welchen Zuständen eine solche Entwicklung das deutsche Volk führen muß. Das ewige Heer von zwei Millionen Arbeitslosen in Deutschland; die in die Hunderttausende gehende Schar der Auswanderer, die alljährlich aus Not dem ver-

kleinerten Vaterlande den Rücken kehren müssen, weil ein „Volk ohne Raum“ einfach nicht leben kann; die vielen, vielen Selbstmorde aus Nahrungsorgen, die von alten Leuten täglich begangen werden, um sich dem Elende ihres deutschen Daseins zu entziehen: wem solche Zustände nicht ans Herz greifen, der ist nicht wert, Deutscher zu heißen. Die Ursache der Entwicklung dieser Verhältnisse kennen wir. Wenn darum der deutsche Außenminister am 20. Mai 1925 vor dem Reichstage erklärte: „Die deutschen Zahlungen aus dem Versailler Vertrag und aus dem Dawesplane haben nach Auffassung der Reichsregierung nichts mit den Fragen der Gerechtigkeit und Schuld zu tun,“ so ist das entweder ein Spiel mit Worten oder eine gefährliche Selbsttäuschung, weil Deutschland dadurch von dem einzigen Wege abgedrängt wird, der ihm zur Befreiung aus diesen Ketten und Fesseln offen steht: Vom Kampfe gegen die Kriegsschuldlüge.

Es ist eben ein grundlegender und verhängnisvoller Irrtum, wenn man meint, durch die versuchte Erfüllung unerfüllbarer Forderungen Deutschland von den Lasten des Versailler Diktates loskaufen zu können. Unsere Feinde haben es ja wohlweislich unterlassen, überhaupt auch nur die Endsumme festzulegen, die wir ihnen zahlen müssen; sie haben auch keinerlei Zeitabschnitt festgesetzt, bis zu welchem wir von diesen Leistungen frei kommen sollen. Aber sie haben im Dawesplan den sogenannten Wohlstandsindex vorgesehen, nach dem Deutschland mit jedem Erstarken seiner Wirtschaftskraft um so höhere Zahlungen an den Feindbund leisten soll.

Einen Vorgeschnack dessen, was daraus noch werden kann, haben wir erst jüngst erlebt, als die Entente von uns 500 Millionen Mark mehr verlangte, weil die Steuereinnahmen Deutschlands erheblich höher waren, als wie sie der Etat des Reiches vorsah! Aber das ist doch ein geradezu wahnwichtiges Unterfangen, Monat für Monat hundert Millionen Mark und darüber der Entente in ihren goldhungerigen Rachen zu werfen und dadurch das eigene Volk in immer größere Wirtschaftsnot zu bringen! So kommt es dahin, daß wir **das eigene Volk hungern lassen, während wir seine Feinde mit der Auslieferung des eigenen Besitzes überfüttern.**

Über dieses Verhalten schrieb das in Basel erscheinende „Bulletin“ (vom 30. 9. 1926) folgende hohnvolle Auslassung:

„Das Deutsche Reich ist augenblicklich reich, was freilich von den deutschen Steuerzahlern schmerzlich empfunden wird. Das deutsche Volk ist seit der Marktstabilisierung so gründlich in die Steuerpresse genommen worden, daß nicht nur die im Dawesbericht festgesetzten Reparationen voll bezahlt werden konnten, sondern

noch weit mehr. Der Dawesplan sah nämlich vor, daß im Falle höherer als der budgetierten Einnahmen des Deutschen Reiches aus den verpfändeten Zöllen auch höhere Zahlungen an die Entente geleistet werden müßten, und dieser Fall trat auch infolge der energischen Steuerpolitik der Finanzminister in einem Maße ein, daß die Entente für zwei Jahre einen Überschuß von 500 Millionen Mark hätte fordern können. Sie begnügte sich aber auf Vorstellungen des jetzigen Finanzministers hin mit 300 Millionen Mark. Die inländischen Gläubiger des Reiches und der Länder konnten ihre verbrieften Guthaben in den Schornstein schreiben. Aber für die ausländischen Kriegsgläubiger hat Deutschland mit unfreiwilliger Bereitwilligkeit so gut gesorgt, daß die Finanzminister in London einige hundert Millionen Mark als Extragabe erhalten.“

Wenn man nun sagt: das entwaffnete Deutschland habe keine Möglichkeit, sich aus seiner jetzigen Lage zu befreien, so ist demgegenüber als *Ceterum censeo* zu betonen, daß die **aktivste deutsche Außenpolitik eben der nachdrücklich, geschickt und unentwegt geführte Kampf gegen den Artikel 231 des Versailler Vertrages ist.** Seine Beseitigung erschüttert diesen in seinen Grundlagen und führt in notwendiger Folge zu neuen Auseinandersetzungen zwischen den Ententemächten und Deutschland, was längst selbst von englischen und französischen Staatsmännern anerkannt worden ist.

Kein Geringerer als Lloyd George hat es ja doch als Ministerpräsident im englischen Unterhause am 3. März 1921 ausgeführt:

„Die Tatsache, daß Deutschland für den Krieg die Verantwortung trägt, ist fundamental. Die Alliierten können gar nicht zugeben, daß Deutschland es abermals zur Verhandlung bringt. Der ganze Friedensvertrag ist darauf aufgebaut. Es gibt Dinge, über die das Urteil gefallen ist.“

Lloyd George erklärte die Kriegsschuldfrage für eine „cause jugée“, weil, wenn das deutsche Volk sie anzweifelte oder bestreite, die Grundlage des Versailler Vertrages erschüttert und damit **dieser selbst zu Fall gebracht würde.**

Dieser Satz beleuchtet in treffender Weise die Taktik der Ententemächte, die Stellungnahme, die sie der Verantwortungsfrage gegenüber einzunehmen beabsichtigen und die Haltung, die von da ab die Leiter der öffentlichen Meinung in der Schuldfrage einnehmen sollten. „Die Sache ist erledigt, das Urteil ist da, man spricht nicht mehr darüber. Das ist das ganze Geheimnis vom Artikel 231 des Vertrages. Er wurde der Sockel, auf dem die Lüge stand.“ Der Franzose Demartial fügt dieser Betrachtung in seinem Buche „Die Mobilmachung der Gewissen“ die Bemerkung an:

„Wie aber, wird man sich vielleicht fragen, fand sich eine deutsche Regierung, die auf Deutschland diese Anklage ruhen ließ, und ein Reichstag, um der Regierung, die solches zuließ, zuzustimmen? Haben sie sich nicht in einem gewissen Maße auch selbst entschuldigt, wenn auch die Umstände wirklich furchtbar und nur mit Folterqualen zu vergleichen waren?“

Der Franzose hat recht. Und eben in dieser fortgesetzten Selbstentehrung liegt die furchtbarste Ursache der furchtbaren Lage, in welcher sich Deutschland und das deutsche Volk heute befinden. Wie sich seine Staatsmänner und Politiker einreden mögen, durch eine solche Außenpolitik ihnen die Befreiung von den Ketten des Versailler Diktates und der Dawesgesetze erringen zu können, das wäre eine der größten Unbegreiflichkeiten staatspolitischen Geschehens, wenn nicht die Tatsache feststände, daß die Parteien, denen die Verantwortung für den Ausbruch der Revolution zufällt, geradezu ein Lebensinteresse daran haben, die Schuldfrage unangetastet zu lassen. Ich erinnere Sie nur an das schon angeführte Wort Eisners: „Die Revolution läßt sich nur rechtfertigen mit Deutschlands Schuld am Kriege.“

Darum zögern sie die Weiterführung des Prozesses um die Bereinigung der Kriegsschuldfrage von Jahr zu Jahr hinaus, und täuschen dazu noch dem armen Volke vor, diese Frage werde sich von selbst erledigen, je weniger daran gerührt werde, darum sei es besser, sie ruhen zu lassen. Aber es ist so gewiß wie das Amen in der Kirche, daß alle diese Staatsmänner, Parteiführer und Abgeordneten eines Tages als die betrogenen Betrüger vor dem deutschen Volke stehen und sich einer fürchterlichen Abrechnung gegenübersehen werden.

Man sagt wohl: „Die Wahrheit bricht von selbst sich Bahn“; aber noch niemals konnte das geschehen, ohne daß gleichzeitig Kräfte am Werke waren, die ein Interesse daran hatten, daß das geschah. Darum ist es nicht nur eine politische, sondern viel mehr noch eine sittliche Pflicht jeder deutschen Regierung, jene törichte und falsche Meinung über die Bedeutung der Schuldfrage aufzugeben und den diplomatischen Kampf gegen sie mit allen Waffen zu führen, die heute in so reicher Fülle Deutschland dafür zu Gebote stehen.

Die Behauptung nämlich: die Aufhebung des Artikels 231 des Versailler Vertrages habe keine Folgen für die rechtliche Verpflichtung Deutschlands, seine Lasten zu erfüllen, ist ganz ebenso hinfällig wie der Artikel selbst. Ein gewiß ganz unverdächtigster Zeuge dafür ist der gegenwärtige französische Ministerpräsident Herr Poincaré selbst, der im Dezember 1920 im „Temps“ sich dahin ausließ:

„In der Tat, wenn es nicht die Zentralmächte gewesen sind, die den Krieg verursacht haben, warum sollten dann gerade sie verurteilt sein, den Schaden zu bezahlen? Aus einer geteilten Verantwortlichkeit folgt notwendiger- und gerechterweise auch eine Aufteilung der Kosten!“

Es ist darum ganz unbegreiflich, weshalb sich ausgerechnet die deutsche Regierung auf die These versteift, unsere Zahlungen aus Versailler Vertrag und Dawesplan hätten mit Schuld und Sühne nichts zu tun! Demartial sagt demgegenüber in seinem tapferen Buche:

„Also die Sache liegt so: Möglichkeit und Berechtigung, von Deutschland allein 132 Milliarden verlangen zu können, soll bestehen. Dies geschieht unter dem Vorwande, daß Deutschland die Alleinschuld am Kriege trifft, was offenkundig eine Fälschung ist.“

In der Kammer Sitzung vom 18. September 1919 in Paris erklärte zudem der Haupturheber des Vertrages für Frankreich, Tardieu, daß der Vertrag „nicht das Loskaufen nach einer Niederlage bedeute, sondern die Reparation eines zugegebenen Angriffes sei“. Die gleiche Auffassung vertrat Poincaré in einem Artikel im „Temps“ vom 28. Dezember 1920, wo er schrieb:

„Die Erfolge gaben uns keinerlei Rechte. Nicht der Ausgang der Feindseligkeiten rechtfertigt in den Augen der ganzen Menschheit unsere Schuldforderungen, sondern der Ausgangspunkt ist maßgebend.“

Und Millerand, der damalige Präsident der französischen Republik, verbot Deutschland, „irgendeine Verantwortlichkeitsfrage in Zweifel zu ziehen, über die die eigenen Abgesandten schon ein Geständnis abgelegt hätten“. Somit wird die Kriegsschuldliche dazu herangezogen, alles zu rechtfertigen, und die Entente-mächte bemühen sich krampfhaft, Deutschland davon abzuhalten, jene zu widerrufen. Gerade die Beflissenheit, mit der sie der Behandlung der Kriegsschuldfrage ausweichen, ist der beste Beweis für deren fundamentale Bedeutung in unserem Verhältnis zur Entente. Welche großen wirtschaftlichen Belange dadurch für Deutschland verloren gehen, das zeigt auch ein Vorgang in den Vereinigten Staaten von Amerika. Als im amerikanischen Senat im März 1926 der Ausschuß über die Rückgabe des deutschen Eigentums verhandelte, da stieß die Annahme der Vorlage Winstons zugunsten der Deutschen auf starken Widerstand und die Demokraten erklärten: „es müsse zunächst einmal klargestellt werden, ob Deutschland nicht der Schuldige am Weltkriege sei, in welchem Falle es das Eigentum nicht zurück-

erhalten dürfe.“ Tatsächlich ist die Frage der Rückgabe des deutschen Eigentums auch heute in Amerika noch nicht entschieden.

Das liegt übrigens ganz im Sinne der amerikanischen Politik, die Präsident Wilson mit seiner Zustimmung zum Versailler Diktat verfolgt hat. Wir besitzen darüber ganz zuverlässige Nachrichten. Darnach hat in jener am 3. Juni 1919 in Paris abgehaltenen Sitzung der amerikanischen Abgesandten zur Friedenskonferenz Wilson u. a. erklärt:

„Die Frage, die mich beschäftigt ist: Wo haben die Deutschen mit ihren Punkten recht? Wo haben sie gezeigt, daß die Vereinbarungen des Vertrages im wesentlichen ungerecht sind? Nicht. Wo haben sie lediglich gezeigt, daß sie hart sind? Denn sie sind hart — aber die Deutschen haben das verdient. Und ich glaube, es ist nützlich, daß eine Nation ein für allemal lernt, was ein ungerechter Krieg an sich bedeutet.

Ich habe nicht den Wunsch, den Vertrag zu mildern, aber ich habe einen sehr aufrichtigen Wunsch, jene Teile von ihm abzuändern, die als ungerecht, erzeugt werden oder die als im Gegensatz zu den Grundsätzen, die wir selbst niedergelegt haben, erzeugt werden.“

So öffnet sich auch von hier aus die Tür in das Verhandlungszimmer mit der Entente, sobald Deutschland nur ernstlich und im Bewußtsein seines guten Rechtes dem Artikel 231 des Versailler Vertrages zu Leibe rückt. Die Tatsache, daß es die Entente nicht wagte, dem Artikel 227 irgendwelche Folge zu geben, als sie gewahrt wurde, daß das ganze nationale Deutschland sich dagegen auflehnte, daß Kaiser Wilhelm ausgeliefert wurde, hat gezeigt, wie wenig sicher sich die Ententemächte darüber fühlen, was sie anfangen sollen, wenn Deutschland sich einmal wieder auf sich selbst besinnt. Es ist darum nichts als törichtes Gerede, wenn man sagt, der Widerruf der Kriegsschuldlüge beschwöre die Gefahr neuer kriegerischer Verwicklungen herauf. Daran ist gar nicht zu denken, wohl aber besteht die Gewißheit, daß weder Frankreich noch England noch irgendeine andere der alliierten und assoziierten Mächte sich einem wirklich ernstgemeinten und nachdrücklichen diplomatischen Vorstoß der deutschen Regierung zur Beseitigung des Artikels 231 auf die Dauer zu widersehen vermöchte.

Sie können wohl Winkelzüge machen, wie sie es den schüchternen deutschen Versuchen des Widerrufs gegenüber getan haben, aber selbst hierbei war es nicht nötig, daß ihnen der Erfolg gelassen wurde, den ihnen die unselige Halbheit des Handelns des deutschen Auswärtigen Amtes ermöglicht hat. Sobald aber Deutschland mit rücksichtslosem Ernste alle ihm heute in so überreichem Maße zu Gebote stehenden Waffen anwendet, um die Kriegsschuldlüge zu

Fall zu bringen, muß es in diesem Kampfe um die Wahrheit obliegen. Hier trifft ja doch in vollem Umfange zu, was der ehemalige italienische Ministerpräsident Francesco Nitti in seinem Buche „Der Friede“ geschrieben hat:

„Solange die Lügen des Versailler Vertrages in Geltung bleiben, gibt es keinen Frieden. Sonst herrscht überall das Streben, die Frage der Kriegsschuld als ‚res judicata‘ zu betrachten, was gewissen feindlichen Staatsmännern natürlich am liebsten wäre, was aber bei Deutschen schlechterdings als unbegreiflich bezeichnet werden muß, und was mit dem Wunsche, die ‚Atmosphäre der Verständigung‘ nicht zu gefährden, nie als entschuldigt werden kann, denn die Wiederherstellung der geschändeten Ehre sollte uns wahrlich wichtiger sein als die ‚Atmosphäre der Verständigung‘!“

So spricht freilich ein italienischer Minister. Aber sollte es uns, da in Deutschland nach der Verfassung „alle Gewalt vom Volke ausgeht“, nicht möglich sein, von unserer Regierung zu erzwingen, daß Reichskanzler und Reichsaußenminister endlich das Versprechen einlösen, das sie am 29. August 1924 in feierlicher Stunde gegeben haben, wonach die Reichsregierung den Widerruf der Kriegsschuldlüge den Ententemächten amtlich notifizieren wollte! Aber der Widerruf bei allen Unterzeichnern des Versailler Diktats ist bis heute nicht erfolgt, und wäre doch die aktivste deutsche Außenpolitik, die überhaupt getrieben werden kann. Wohl wurde eine Teilaktion unternommen, die aber selbstredend von England und Frankreich zurückgewiesen wurde.

Hören Sie nur, was ein Engländer darüber sagt, ein Mann, der während des Krieges von seiner Regierung ins Gefängnis geworfen worden ist, weil er sich gegen die englische Lügenpropaganda des Lord Northcliffe aufgelehnt hatte. Es ist der Philantrop und Bodenreformer E. D. Morel, ein Wahrheitskämpfer edelsten Geblütes, dessen im November 1924 erfolgter Tod gerade auch von uns Deutschen betrauert werden durfte. Morel schrieb kurz vor seinem Tode noch eine Abhandlung gegen die Kriegsschuldlüge, der er die Überschrift gab: „Kein Friede ohne Wahrheit.“ Darin sagte er:

„Die Ablehnung der bewußten, vorbedachten Schuld am Kriege gründet sich auf ein Beweismaterial, das geradezu überwältigend ist. . . . Die Annahme des Dawesplanes wird als der Beginn einer neuen Ära begrüßt. Eine tollere Selbsttäuschung läßt sich gar nicht denken. Er bedeutet höchstens eine Pause, in der man Atem schöpfen kann. (Daß uns dabei der Atem allmählich vollends ausgeht, das spüren wir immer nachhaltiger.) Denn er legt Bürden auf, er stellt Forderungen, er verlangt in Permanenz das Recht fremder Einmischung in die inneren Angelegenheiten

eines großen Volkes — ein in der Geschichte unerhörter Vorgang — und diesen Bürden, diesen Forderungen und Ansprüchen wird eine unanfechtbare Rechtsgeltung beigemessen, weil die davon betroffene Nation in kalter Überlegung unrecht gehandelt haben soll. So bleibt das moralische Brandmal bestehen, das die Seele versengt Der Mythos von der deutschen Verschwörung, das Postulat von der Alleinschuld Deutschlands — wie man das Ding auch nennen mag — diese verderbliche Legende ist der Ursprung allen Unheils der Tragödie geschändeter Gerechtigkeit, der Tragödie, worin die Verneinung der Gerechtigkeit zum System geworden, der Tragödie eines Europa, das abermals zum Kriege rüstet.“

Kronprinz Wilhelm von Deutschland, der in seinem lesenswerten Buche „Ich suche die Wahrheit“ diese Stelle anführt, bemerkt dazu: „ohne daß dieses Brandmal ausgelöscht ist, kann es in Deutschland keine rechte Freude am Aufstieg, kein rechtes Glück geben.“ Ganz gewiß nicht. Dieses moralische Brandmal haftet ja doch je d e m Deutschen an, er mag sein, wer er will. Und wenn der Deutsche ins Ausland geht, so gehört er zu diesen Gebrandmarkten, denen um der Schuldlüge willen **die Verachtung der ganzen Welt** entgegenslammt; eine Verachtung, die den französischen Abgeordneten L é o n D a u d e t dazu trieb, in der Pariser Kammer den Ausspruch zu tun:

„Das deutsche Schwein wird, nun man es einmal auf der Schlachtbank festhält, bis zur völligen Blutleere unter dem Messer gelassen.“

Wir sollten uns überhaupt freimachen von dem Gedanken, als ob irgendwer in den feindlichen Ländern von Mitleid für unser Schicksal erfüllt sei. Das ist ganz und gar nicht der Fall. Sie alle haben nur den einen Gedanken: „Deutschland trägt die Schuld, das deutsche Volk muß bezahlen.“ Hören Sie, was der berühmte Franzose A n a t o l e F r a n c e darüber schrieb:

„Wir werden einen ganz furchtbaren Frieden machen; gespornt, hoch zu Roß wollen wir ihn machen, weit hinaus soll er ertönen. Wir werden einen unversöhnlichen, grausamen Frieden schließen; drohend, grauenhaft soll er werden, auflodernd wird er sein, unser selbst würdig, dröhnend, donnernd, wie ein heftiges Toben, wie ein heftiges Leuchten, er wird Blitze schleudern . . . Es wird ein grauenvoller Friede werden, grauenhafter wie der entsetzlichste Krieg, das U n i v e r s u m wird vor Entsetzen erstarren!“

Ist es nicht ganz so gekommen? So bewahrheitete sich die fürchterliche Prophezeiung des Volksbeauftragten Philipp Scheidemann, die er am 12. Mai 1919 in der verfassungebenden deutschen Nationalversammlung in bezug auf die Annahme des Versailler Diktates ausgesprochen hat:

„Das ist das getreue Abbild von der Zukunft Deutschlands: 60 Millionen hinter Stacheldraht und Kerkergittern; 60 Millionen bei Zwangsarbeit, denen die Feinde das eigene Land zum Gefangenenlager machen!“

Und das alles um der Kriegsschuldlüge willen, die wir auf uns genommen haben, weil wir den Glauben an uns selbst verloren hatten, und weil wir keinen Mut mehr aufbringen konnten für die Wahrheit und für unser gutes Recht uns einzusetzen. „Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr alles freudig setzt an ihre Ehre“ heißt es in Schillers „Jungfrau von Orléans“. Was uns solche Nichtswürdigkeit an Elend, Not, Kummer und Sorge eingetragen hat: wir müssen sie so lange bestehen, bis wir uns wieder dazu aufraffen, **den sittlichen Gesetzen unseres Daseins als Volk wieder Geltung in unserem Leben zu verschaffen.**

Dazu gehört in erster Linie die Aufnahme des Kampfes gegen die Schuldlüge. In ihm können und müssen sich die Deutschen aller Parteien und Glaubensbekenntnisse, aller Berufe, Stände und Klassen zusammenfinden, denn es handelt sich um die Ehre des deutschen Namens und um die Existenzberechtigung unseres ganzen Volkes. Da darf sich keiner entziehen und der Parteistreit hat zu schweigen. Parteien kommen und vergehen, aber das Volk als solches bleibt bestehen, und darum müssen wir wollen, daß kommende deutsche Geschlechter wieder stolz und frei auf befreitem deutschem Boden ihr Dasein führen können.

Es ist eine der beklagenswertesten Tatsachen unseres innerpolitischen Lebens, daß die Streitigkeiten der Parteien untereinander das Volk einkullen und es abhalten von der rechten Erkenntnis dessen, was ihm außenpolitisch not tut. So blickt es über die wirklichen Ursachen seiner entsetzlichen Lage hinweg, ereifert sich über die Zweckmäßigkeit oder Unzweckmäßigkeit einer sogenannten „Verständigungspolitik“, während es doch unbezweifelbar feststeht, daß es eine solche gar nicht geben kann, solange Deutschland noch als der Urheber all' der Schrecken des Krieges bei den andern Völkern gelten darf, weil eben der Artikel 231 des Versailler Vertrags und die von Clemenceau unterzeichnete Note vom 16. Juni 1919, die den Artikel erläutert, in unverminderter Geltung fortbestehen. Deren feierliche Zurücknahme durch die Entente ist darum als erster Schritt in diesem Kampfe um Deutschlands Rechtfertigung anzustreben, denn ohne eine solche Ehrenerklärung vor aller Welt wird Deutschland niemals von den Feindmächten vorbehaltlos als mit ihnen gleichberechtigte Macht anerkannt und behandelt werden.

Man braucht sich ja nur einmal in ein paar Sätzen zu vergegenwärtigen, welche geradezu ungeheuerlichen Anschuldigungen in jener Mantelnote gegen das Deutsche Reich und seine Regierung erhoben worden sind, um es in den Augen der Menschheit ins Unrecht zu setzen. Es heißt darin, daß

„die Regierenden Deutschlands getrachtet haben, sich dazu fähig zu machen, ein unterjochtes Europa zu beherrschen und zu tyrannisieren“, und daß „sie beschlossen haben, ihre Vorherrschaft mit Gewalt zu begründen, als sie festgestellt haben, daß ihre Nachbarn entschlossen waren, ihren anmaßenden Plänen Widerstand zu leisten.“

Aus dieser satanisch arglistigen Anschuldigung leiteten die Urheber des Versailler Diktates die Notwendigkeit von Strafbestimmungen gegenüber Deutschland her, die in der Nummer 9 jener Mantelnote überdies ausdrücklich damit begründet wurden, daß das „Verhalten Deutschlands in der Geschichte der Menschheit fast beispiellos sei“. So wurde mit abgefeimter Planmäßigkeit das deutsche Volk zu Varias der Menschheit gestempelt, um ihm mit scheinbar desto größerer Berechtigung die Verantwortlichkeit für den Ausbruch des Weltkrieges und die den Völkern daraus erwachsenen Schäden zuschieben zu können. Die Satanstat ist gelungen, und das deutsche Volk verschmachtet unter den Höllequalen, die ihm der Teufelspakt von Versailles verursacht.

Besteht denn nun aber keine Hoffnung für uns, daraus befreit zu werden?

Doch!

Es ist meine heilige Überzeugung: es hätte mit Deutschland gar nicht so weit zu kommen brauchen, wenn in den Tagen von Versailles Männer mit der Führung der Reichsgeschäfte betraut gewesen wären, die von glaubensvollem Eifer für das Recht des deutschen Volkes erfüllt waren. Ich will damit keinen Vorwurf gegen irgendwen erheben, sondern ich gebe nur einer Anschauung Ausdruck, die sich in mir beim Studium aller der Dokumente, Erinnerungsbücher, Bibliographien und Bekenntnisse immer mehr verstärkt hat, die inzwischen von allen möglichen beamteten und nichtbeamteten Persönlichkeiten des In- und Auslandes veröffentlicht worden sind. Sie bilden für den Wahrheitssucher einen geradezu unerschöpflichen Born der Erkenntnis und sie bieten eine derart überquellende Fülle des erdrückendsten Beweismaterials für Deutschlands Schuldlosigkeit am Weltkriege, daß man nur immer wieder darüber staunen muß, wie wenig ernsthaft gerade von den deutschen amtlichen Stellen der Kampf gegen die Kriegsschuldlüge geführt wird. Das hängt freilich mit der seelischen Beschaffenheit der Regierenden zusammen, aber

ich meine: zum Teufel mit all der Zurückhaltung und mit der zarten Rücksichtnahme auf die Gefühle der Entente-Staatsmänner, die sie wahrhaftig durch nichts verdient haben! Zudem: **es handelt sich um das deutsche Volk und sein Schicksal**, da haben Erwägungen zu schweigen, die lediglich darauf abzielen, seiner eigenen Antsführung möglichst wenig Unbequemlichkeiten zu bereiten und die Empfindungen der Feinde nicht zu stören! Hätten wir das nur in Versailles ausgiebig getan, unsere Vertreter wären ganz sicher mit anderen Ergebnissen als dem der bedingungslosen Unterzeichnung nach Deutschland zurückgekehrt.

Dafür gibt es einen klassischen Kronzeugen: Wilson! In der schon erwähnten Beratung der amerikanischen Abgesandten am 3. Juni 1919 in Paris wurde auch die Frage erörtert: „Wieweit spielt — abgesehen von allen Fragen der Gerechtigkeit — die Frage der Zweckmäßigkeit herein, um die Deutschen zur Unterschrift zu veranlassen?“ Im Laufe dieser Erörterungen verwarf Wilson die Änderung der Vertragsbestimmungen lediglich aus Zweckmäßigkeitsgründen, aber er betonte ebenso scharf, daß, wenn nachgewiesen würde, der Vertrag verstoße gegen die von ihm verkündeten Grundsätze der Gerechtigkeit, er sofort mit seiner Änderung einverstanden sei. Er sagte u. a. dabei wörtlich:

„Es macht mich ein wenig überdrüssig, wenn jetzt Leute kommen und sagen, sie hätten Furcht, die Deutschen würden nicht unterzeichnen, und ihre Furcht ist auf Dingen gegründet, auf denen sie zu der Zeit, als der Vertrag geschrieben wurde, bestanden; dies wird mir zum Ekel.“

Auf die Bemerkung des Vertreters Davis: „Die Briten sagen, daß sie nicht ganz verstehen, warum Sie ihnen erlaubten, dies zu tun,“ erklärte Wilson weiter:

„Ich wäre vollkommen willens, die Verantwortung zu übernehmen, wenn das Ergebnis gut ist. Aber obwohl wir sie nicht davon abgehalten haben, vernunftlose Dinge in den Vertrag einzufügen, erreichten wir doch sehr ernste Abänderungen von ihnen. Wenn wir den Vertrag so geschrieben hätten, wie sie es wünschten, wären die Deutschen in der Minute, wo sie ihn lasen, heimgegangen.“

Nun, der Herr sei mit uns!“

Welche Möglichkeiten einer Politik starken Widerstandes tun sich nachträglich hier auf! Es zeigt sich, wie verkehrt es war, daß fast das ganze deutsche Volk sich in jenen entscheidungsschweren Monaten ergebungsvoll dem Banne der Psyche seiner Feinde hingab, während diese doch von ihm erwarteten, es werde um die Anerkennung von Recht und Gerechtigkeit auch ihm gegenüber kämpfen!

Da das nicht oder sicher nicht ausreichend geschah, so konnte uns die Entente — trotz aller bekümmerten Sorgen ihrer Staatsmänner um den Ausgang — die Friedensbedingungen einfach diktieren! Und die Folge sind die heutigen entsetzlichen Zustände in Deutschland, mit dem Zerfalle von Reich und Volk, mit dem Verluste jeglicher Staatshoheit und mit dem Untergange der deutschen Kultur!

Einer geschickten und selbstbewußten deutschen Politik wäre es damals schon möglich gewesen, den Vorwurf des Strebens nach Weltherrschaft damit gründlich abzutun, daß z. B. im ersten Teil Abschnitt II der „Gegenvorschläge der deutschen Regierung zu den Friedensbedingungen“ eingehend dargelegt worden wäre, wie seit 1871 Deutschland als einzige der Großmächte keinen Krieg geführt hatte. Einzig der Herero-Aufstand war von ihm niedergeschlagen worden, und der war noch dazu von englischen Agenten entfesselt worden, und an der Niederwerfung des Boxeraufstandes in China war es beteiligt. England dagegen eroberte während dieser Zeit Ägypten, halb Hinterindien, es vergewaltigte das Burenvolk und es unterwarf große Gebiete Afrikas seiner Herrschaft. Amerika überfiel das fast wehrlose Spanien und raubte ihm die westindischen Inseln und die Philippinen. Frankreich führte blutige Kriege, die zur Eroberung von Madagaskar, Tonking, Marokko und weiten Strecken von Nordafrika führten. Rußland führte Kriege mit der Türkei und mit Japan. Italien raubte der Türkei Tripolis und suchte Abessinien zu unterwerfen! Es gehörte gegenüber allen diesen geschichtlichen Tatsachen wahrlich eine eiserne Heuchlerstirn dazu, Deutschland, dessen Kaiser bei allen Völkern als „der Friedenskaiser“ geachtet — ja in Frankreich sogar deswegen furchtsamer Schwäche verhöhnt — war, des Strebens nach der Herrschaft über Europa zu zeihen! Was in der Abwehr dieser Taktik der Ententemächte versäumt worden ist, das muß doch von Deutschland einmal nachgeholt werden, denn anders kann der Welt kein wirklicher Friede verschafft werden.

Oder ein anderes: die Frage der Kriegserklärungen. Es ist bekannt, daß in der Präambel des Versailler Diktates behauptet wird, „der Krieg habe in der Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien vom 28. Juli 1914 und in den Kriegserklärungen Deutschlands an Rußland vom 1. August 1914 und an Frankreich vom 3. August 1914, sowie in dem Einmarsch in Belgien seinen Ursprung“. Demgegenüber steht jetzt unwiderleglich fest, daß die Reihenfolge der Kriegserklärungen sich durch die Mobilmachungen wie folgt vollzogen hat:

Serbien gegen Österreich am 28. Juli, mittags 3 Uhr, drei Stunden vor Beantwortung der Note.

Österreich gegen Serbien am selben Tag, abends 8 Uhr
(6 Korps!)

Rußland gegen Österreich am 29. Juli, abends 9 Uhr (13 Korps!)

Rußland gegen Deutschland am 30. Juli, abends 6 Uhr
(24 Korps!)

Österreich gegen Rußland am 31. Juli, mittags 12 Uhr
(8 Korps!)

Frankreich gegen Deutschland am 1. August, mittags
4.50 Uhr nach deutscher Zeit (die ganze Armee, 21 Korps und Kolonialkorps: 22 Korps!)

Deutschland gegen Rußland und Frankreich am
1. August, mittags 5 Uhr (die ganze Armee, 25 Korps!).

Darüber haben die „Süddeutschen Monatshefte“ eine jahrelange gründliche Arbeit von Professor Sauerbeck veröffentlicht, deren Ergebnis von keiner Seite mehr bestritten wird. Danach steht Deutschland also an siebenter Stelle, und zwar nach den Kriegserklärungen Rußlands und Frankreichs! Aber Deutschland wird dennoch die Schuld an der Entfesselung des Krieges zugeschoben und darauf ungerechterweise das Friedensdiktat aufgebaut. Erinnern Sie sich der Worte Wilsons, er wolle keine Ungerechtigkeit zulassen! Sie sehen, wir haben wirksame Waffen, um dem mit Erfolg zu begegnen.

Das Auswärtige Amt hat zwar sehr verdienstlich ein bis jetzt 29 Bände umfassendes Werk herausgebracht über „Die Große Politik der Europäischen Kabinette“, das alle wichtigen diplomatischen Aktenstücke aus den deutschen Archiven enthält, aber es ist zu befürchten, daß die damit bekundete Offenherzigkeit auf Deutschland beschränkt bleibt, weil — wenigstens solange noch feindliche Politiker und Staatsmänner der Vorkriegszeit in den Ententeländern Einfluß haben — diese gar nicht die Hand dazu bieten können, sich selbst bloßzustellen und einer kriegstreiberischen Politik dadurch überführen zu lassen. Denn das hat die Aktenpublikation des deutschen Auswärtigen Amtes mit vollkommener Sicherheit ergeben, daß sich das kaiserliche Deutschland im letzten halben Jahrhundert mit oft geradezu bewundernswerter Selbstüberwindung von Handlungen ferngehalten hat, die zu Kriegen hätten führen können.

Ganz anders aber liegen die Dinge bei den Ententemächten! Das heute reichlich vorhandene Beweismaterial hat viele Bearbeiter gefunden, deren hervorragendste Vertreter übereinstimmend zu dem Ergebnis gekommen sind, daß sich die Behauptung von Deutschlands Kriegsschuld unter gar keinen Umständen mehr aufrecht erhalten lasse. In solchen Untersuchungen stellt besonders das Ausland sehr gewichtige Persönlichkeiten, und es ist ein nicht hoch genug zu schätzendes Verdienst des „Arbeits-

ausschusses deutscher Verbände“, daß er der deutschen Öffentlichkeit die Forschungsergebnisse zugänglich macht. Er hält damit die ganze Frage im Flusse, die nur in sich selber ihre Ruhe finden darf; d. h. also: deren Auswirkung die Beseitigung der Artikel 227 und 231 des Versailler Diktats sein muß.

Wir stehen heute schon so weit darin, daß Deutschland wohl den Generalangriff wagen darf. Er muß ihm gelingen, denn der Beweismittel für seine Schuldlosigkeit am Weltkriege gibt es nachgerade so viele, daß dagegen die Kriegsschuldlüge in ein Nichts zurücksinken muß. Das gestehen auch die Staatsmänner unserer Feinde immer offener ein; ja sie machen heute gar kein Hehl mehr daraus, daß sie ihre früheren Behauptungen nur aufgestellt haben, um Deutschland rücksichtslos niederkämpfen zu können. So sagte der englische Staatssekretär Bonsonby in einer Rede in London zu den Parlamentswahlen im März 1926 wörtlich folgendes:

„Unsere Regierung wußte, daß Deutschland nicht allein für den Krieg verantwortlich war, und obwohl diese Fiktion in den Versailler Vertrag gesetzt wurde, gibt es keinen verantwortlichen Minister, der sie heute noch aufrecht erhalten würde. Aber damals mußte das behauptet werden.“

Unsere Regierung wußte, daß Frankreich und Rußland einen Krieg erwarteten und auf ihn vorbereitet waren. Aber sie stellte den Ausbruch des Krieges so hin, als komme er von einem Feind über unschuldige und unvorbereitete Nationen.

Unsere Regierung wußte, daß, wenn Deutschland die Neutralität Belgiens nicht verlegt hätte, Frankreich es getan hätte. Diese Verletzung war nur der gesunde Menschenverstand militärischer Strategie, was wir wohl wußten. Die populäre Entrüstung, die sich darüber entfesseln ließ, war aber ein ungeheurer Gewinn.

Unsere Regierung wußte noch während des Krieges, daß die serbische Regierung direkt für den Serajewoer Mord verantwortlich war; aber sie verbarg es uns.

Unsere Regierung wußte, daß die russische allgemeine Mobilisierung der deutschen vorausgegangen war und sie verursachte; aber wir konnten die nötigen Dokumente zum Beweise dafür erst gegen Ende des Krieges entdecken.“

Dazu vergegenwärtigen Sie sich einmal den grandiosen Lügenfeldzug der Entente mit diesen Fragen während des Weltkrieges, dem sicher auch Millionen Deutsche zum Opfer gefallen sind, und Sie lernen die ganze Ungeheuerlichkeit einer solchen Doppelzüngigkeit begreifen. Aber hat es Zweck, sich darüber sittlich zu entrüsten? Mit nichten! Der Engländer empfindet: „*wright or wrong, my country*“ („Recht oder Unrecht, ich stehe zu meinem Vaterlande“) und handelt danach,

und eben diese selbstbewußte Zielstrebigkeit macht ihn zum Herren der Welt. Wir taten gut, uns etwas von dieser selbstsicheren Selbstverständlichkeit anzueignen, und wir würden im Lebenskampfe der Völker weit besser bestehen, als es so der Fall ist. Unsere Ansmieg-samkeit und unsere leichtherzige Preisgabe wichtigster Eigenbelange läßt uns nur allzuleicht zum Opfer der anderen werden.

Jene sind auch Ursache, weshalb Deutschland während der verfloßsenen acht Jahre es unterlassen hat, den Kampf gegen die Schuld-lüge aufzunehmen. Wer da glauben möchte, wir hätten durch unsere Nachgiebigkeit uns Sympathien bei den anderen Völkern erworben, der täuscht sich gewaltig. Im Gegenteile! Keines begreift es, daß wir uns dieser lebenswichtigen Frage gegenüber so gleichgültig zeigen mögen, wie das zu unserem schweren Schaden geschehen ist. Ein angloamerikanischer Geistlicher, Rev. Streeb in Stidney (South Dakota), meint dazu:

„Man hat hier leider vor dem Deutschen keinen Respekt mehr und wenig Sympathie mit ihm, weil er sich alles gefallen läßt. Wieviele Nichtdeutsche, Engländer, Amerikaner, Italiener, ja selbst Franzosen, ganz abgesehen von den Neutralen, haben es nicht schon offen und ehrlich ausgesprochen, daß die Behauptung von der Kriegsschuld Deutschlands eine plumpe Lüge sei. Aber warum sagen denn die deutschen Offiziellen nichts dazu? Wenn es ihnen gleichgültig ist, so kann es den andern nicht verdacht werden, daß sie sich schließlich auch nicht mehr darum kümmern. Die Schuld-lüge ist doch die Kernfrage. Solange also hier nicht der Hebel mit aller Energie angefaßt wird, dürfte alles andere vergeblich sein, und gerade jetzt wäre dazu der gegebene Augenblick. Frankreichs Aktien der Welt-sympathie stehen niedrig. Werden die Clemenceau, Poincaré und Genossen heute vor der Welt als die Kriegsheher offenbart, die sie waren, so steht Frankreich in dem Augenblick isoliert da!“

Das ist's: unsere Gleichgültigkeit weckt die Gleichgültigkeit der Welt in Fragen, die Deutschland angehen, und die Folge davon ist, daß uns schließlich kein Staat mehr beisteht, wenn wir uns endlich dazu aufraffen sollten, für unser Recht zu streiten. Dem gab auch ein amerikanischer Journalist Ausdrück, als er im Frühjahr 1925 schrieb:

„Ich möchte beinahe behaupten, daß sich hierzulande wenig tun läßt, solange nicht die dortige Regierung selbst mit allen ihr möglichen Mitteln — es ist schon reichlich spät — die Behauptung von der Schuld Deutschlands am Weltkrieg als wohlvorbereitete und gut durchgeführte Täuschung, als Lüge, vor aller Welt beweiskräftig zurückweist. Es hat doch mehr Sinn, das Lügengewebe zu zerreißen, als immer nur sich bereit zu erklären, Reparationen zu zahlen.“

Selbst der belgische Sozialistenführer und Minister Vandervelde verteidigte sich im Juni 1922 in Moskau auf die wegen

seiner Unterzeichnung des Versailler Diktates gegen ihn erhobenen Angriffe folgendermaßen:

„Der Vorwurf, ich hätte durch Unterzeichnung des Versailler Vertrags das deutsche Proletariat dem französischen Kapitalismus ausgeliefert muß nicht gegen mich, sondern gegen die deutschen Mehrheitssozialisten und Unabhängigen gerichtet werden, die zu meiner großen Verwunderung die Bedingungen des Versailler Vertrags annahmen. Ebert, Scheidemann, Noske und die anderen Führer des deutschen Proletariats haben vor den Forderungen der Kapitalisten Westeuropas kapituliert. Ich habe den Vertrag unterzeichnet, weil meine Aufgabe als belgischer Minister nur sein konnte, die Interessen meines Landes sicherzustellen.“

Das Letztere ist ohne Zweifel richtig; und wenn die deutschen Minister ganz ebenso sich bei allen Verhandlungen mit der Entente lediglich die Belange des deutschen Volkes zur Richtschnur ihres Handelns genommen hätten, anstatt falschen Ideologien von Völkerverbrüderung und Paneuropäertum nachzujagen: es hätte niemals für Deutschland so schlimm kommen können, wie es jetzt dasteht. Der „sacro Egoismo“ der Italiener wäre auch für uns angebracht und gerechtfertigt, zumal unsere Feinde alles darauf angelegt haben: das Deutsche Reich zu zerschlagen und das deutsche Volkstum zur Auflösung zu bringen.

Leider sind wir Deutschen uns noch nicht einmal einig in der Beurteilung des Versailler Diktats. Darum tun wir gut daran, uns von Ausländern darüber belehren zu lassen. Deren Meinung wird ja in Deutschland weit mehr beachtet, als noch so wohl begründete Darlegungen eines unserer eigenen Volksgenossen. So will auch ich Ihnen eine Reihe von Zeugnissen namhafter Persönlichkeiten aus aller Herren Länder zu Gehör bringen, die Ihnen zeigen mögen, wie selbst im feindlichen Auslande über alle diese Fragen gedacht und geschrieben wird.

Der Franzose Demartial sagt in seinem Buche „Die Mobilmachung der Gewissen“:

„Auch im Ausland vollzog sich eine Umwandlung zugunsten der durch die deutsche Republik über den Ausbruch des Krieges veröffentlichten Dokumente, die allerdings die vollständige, nackte Wahrheit bringen. Daß die These der Entente nicht mehr haltbar sei, haben hervorragende Professoren oder Geschichtsschreiber, wie die Engländer Beazley und Gosch, und der Amerikaner Sydney B. Fay erkannt. Ihr Verdienst ist um so größer, als sie diese Ansicht auch treu behaupteten. Rauten, der wegen seiner Strenge seiner Regierung gegenüber bei uns so sehr ausgebeutet worden ist, gibt seinem zuerst eingenommenen Standpunkte entgegen zu, daß die deutsche Regierung den Krieg nicht beabsichtigte und schließlich auch getrachtet hat, ihn zu verhindern.“

Diese Bekenntnisse eines Franzosen sind um so bemerkenswerter, als sie aus dem Frankreich Poincarés kommen, dieses Frankreichs, das noch vor wenigen Jahren einem seiner Ministerpräsidenten — C a i l l e a u x — den Prozeß machte, weil er einer gewissen Deutschenfreundlichkeit verdächtig war! Und D e m a r t i a l steht beileibe nicht vereinzelt da. So hat bereits im Juli 1919 der Professor an der Sorbonne S e i g n o b o s im „Progrès civique“ eine Arbeit veröffentlicht, in der er ausführte:

- „Der Vertrag verlangt, daß Deutschland sich schuldig bekennet, den Krieg begonnen zu haben. Das ist gerecht, denn von seiner Schuld wird die Verpflichtung der Reparationen und der zu gebenden Garantien abgeleitet. Ohne dieses Bekenntnis wäre der Frieden bloß ein Gewaltfrieden. Aber da es sich um ein ganzes Volk handelt, kann die Lösung der Schuldfrage nur durch einen Urteilspruch erfolgen, und dieser müßte erst durch eine öffentliche Diskussion Rechtskraft bekommen. Aber der Vertrag ist nur auf geheime Abmachungen der Ententemächte begründet.“
-

Seit her haben sich auch selbst in Frankreich die Stimmen ständig vermehrt, die einer Nachprüfung des Artikels 231 das Wort reden, so daß sogar am 9. Juli 1925 von Victor Margueritte in der Pariser Zeitung „Le Nouvelle“ ein Aufruf veröffentlicht werden konnte, unterzeichnet mit den Namen von hundert französischen Intellektuellen, der die Forderung enthielt:

„Der Artikel 231 muß in einem für alle annehmbaren Sinn abgeändert werden; ebenso die Artikel, welche die Sanktionen betreffen, den Haß aufrecht erhalten und für die endgültige Wiederherstellung des Friedens nicht weniger schädlich sind.“

Wenn man sich natürlich auch vor einer Überschätzung dieses Vorganges hüten muß, so ist er doch für Deutschlands Kampf um Recht und Gerechtigkeit insofern von erheblicher Bedeutung, als er ihm eine moralische Stütze in der Bildung der öffentlichen Meinung der Völker gewährt. Das wäre vor nicht allzulanger Zeit noch nicht möglich gewesen, zeigt uns aber auch, wie schlecht wir Deutschen beraten waren, als wir uns in einem schlimmen Anfall der Selbsterniedrigung nicht genug darin tun konnten, uns selbst und die deutsche Regierung der Schuld am Kriege zu bezichtigen. Manche finden ja selbst heute noch nicht wieder die seelische Kraft, davon abzulassen; gerade aber um ihretwillen ist es ein Gebot der nationalen Ehre, ihnen und der Welt zu zeigen, wie sehr sie sich geirrt hatten, als sie glaubten, jene Rolle des Schuldigen vor ihr spielen zu müssen, aus Gründen, deren Erörterung ich mir in diesem Augenblicke versagen will.

Ich tue das, weil mir nichts daran liegen kann, auch noch Öl in das ohnehin heiß genug brennende Feuer des Parteikampfes

in Deutschland zu gießen; ich tue das, weil ich glaube, daß in keiner Frage wir Deutschen allesamt so einmütig zusammenstehen müssen, wie in der Abwehr der Schuldlüge, wenn wir damit Erfolg haben wollen. Das wird vielen Irregeleiteten unter unseren Volksgenossen gewiß erleichtert werden, wenn sie Kenntnis erlangen von dem Wandel der Anschauungen in diesen Fragen, wie er sich im Laufe der Jahre selbst im feindlichen Auslande vollzogen hat.

Jenen Franzosen zur Seite traten im Dezember 1925 viele namhafte Männer und Frauen Englands, welche unter der Führung von Professor Gilbert Murray von der Universität Oxford der englischen Regierung eine Eingabe überreichten, worin in bezug auf die Artikel 227 und 231 des Versailler Vertrags gesagt wird:

„Wir betrachten diese Artikel, die einem besiegten Volke unter den fürchtbarsten Drohungen auferlegt wurden, als den Ausdruck einer Geistesverfassung bei den alliierten und assoziierten Mächten, die jetzt zum größten Teil überwunden ist. Wir glauben, daß die genannten Artikel offenbar ungerecht sind und ein ernstes Hindernis für internationale Verständigung bilden. Deshalb richten wir das dringende Ersuchen an die betreffenden Regierungen, diese Artikel entweder unverzüglich zu ändern, oder, wenn eine Änderung des Vertrages sich als ein zu langes und umständliches Verfahren erweisen sollte, gesonderte Erklärungen zu erlassen, daß sie diese Artikel nicht mehr beachten wollen.“

Dieser Aufruf ist auch unterschrieben von den Bischöfen von Birmingham und Manchester, was in dem puritanischen England sein Gewicht außerordentlich erhöht hat. So sehen wir, daß alle Voraussetzungen dafür gegeben sind, um von Deutschland aus führend in diesen **Wetruf an die Wahrheitsliebe der Menschheit** einzutreten. Jetzt mag es sich zeigen, ob es nicht auch möglich ist, die Weltmeinung im Dienste des Guten zu beeinflussen, so wie die Lügenpropaganda des Lord Northcliffe jene im Dienste des Bösen beeinflusst hat. Die deutsche Regierung und das auswärtige Amt mögen nun einmal dartun was sie können.

Das wäre dann auch die Erfüllung der Osterbotschaft des Reichspräsidenten Generalfeldmarschalls v. Hindenburg aus dem Jahre 1925, in der er es als die wichtigste Aufgabe der deutschen Außenpolitik bezeichnete: „den deutschen Namen von dem ungerechten Makel zu befreien, der heute noch auf ihm lastet, und durch Selbstachtung zur Achtung der Welt, durch Selbstvertrauen zum Vertrauen der anderen“ zu gelangen.

Wie dringend nötig das ist, das zeigt allein die Tatsache, daß die in Amerika eingerichtete „Zentralkommission für neutrale Erforschung der Ursachen des Weltkrieges“ ihre Arbeiten eingestellt

hat — angeblich weil es an Geldmitteln dazu fehle — in Wirklichkeit aber aus ganz anderen Gründen. Diese Zentralkommission veröffentlichte nämlich eine Erklärung, worin gesagt wird:

„Trotz eifrigster Untersuchung waren wir nicht in der Lage, einen Anteil Deutschlands an der Kriegsschuld nachzuweisen. Wir verlängerten die Untersuchung in der Hoffnung, irgend etwas zu entdecken; denn bei dem augenblicklichen Stande der öffentlichen Meinung ist es nicht angängig, ein Ergebnis zu veröffentlichen, das Deutschland völlig entlastet . . . Wenn wir eine dahinlautende Erklärung veröffentlichten, würden wir beschuldigt werden, prodeutsch zu sein.“

Angeichts dieser kaum glaublichen Erklärung ist es um so dankenswerter, daß es gerade auch amerikanische Gelehrte und Politiker unternommen haben, Licht in die Kriegsschuldfrage zu bringen. Allen voran war es das Mitglied des amerikanischen Senates, der Senator für Oklahoma, Mr. Owen, der am 18. Dezember 1923 im Senat eine Übersicht über die geheime Vorkriegsdiplomatie in Europa gegeben hat. Sein Bericht, der abgestattet wurde auf Grund eingehendster, im Auftrage des Senates vorgenommener Studien, ist in den Akten des amerikanischen Kongresses niedergelegt. Darin kommt Senator Owen zu dem Ergebnis:

„Und nun, Herr Präsident, sind eine große Menge von Beweisen zu Tage gekommen, früher unbekannt, früher nicht einmal vermutet, durch die wir gezwungen sind, unsere Aufmerksamkeit darauf zu richten, und welche zu dem Schluß führen, daß die Leiter der deutschen Politik, so wenig sie auch taugten (bad as they were), nicht die allein Verantwortlichen waren für den Weltkrieg.“ — „Die Endergebnisse, auf welche ich die Aufmerksamkeit des Senates gerichtet habe, erweisen klar, daß die militärischen Führer der Deutschen den Krieg nicht wünschten, sogar den Krieg zu vermeiden suchten und nur in den Krieg hineingerieten auf Grund ihrer Annahme, daß die dauernden Mobilmachungs-Vorbereitungen Rußlands und Frankreichs den Entschluß zum Kriege bedeuteten und heimlich auf eine Kriegserklärung Rußlands und Frankreichs gegen Deutschland hinausliefen.“ (S. 364.)

Bergegenwärtigen Sie sich: es ist ein fremder, ein amerikanischer Staatsmann, der das in offizieller Stellung und Rede ausgeführt hat, und Sie werden gleich mir es empfinden: ein vernichtenderes Urteil über die Lüge von der deutschen Kriegsschuld kann gar nicht ausgesprochen werden. Auch der Vorsitzende eines vom amerikanischen „Weltbund für internationale Freundschaftsarbeit der Kirchen“ eingesetzten Ausschusses zur Prüfung der Frage der Verantwortlichkeit am Weltkriege, Herr Dr. Arthur Brown, hat

im März 1926 an den Vorsitzenden des „Deutsch-evangelischen Kirchenbundes“ geschrieben:

„Sicherlich glaubt heute kein vernünftiger Mensch mehr, daß die ganze Verantwortung für diese entsetzliche Katastrophe ausschließlich auf eine Nation fällt, und daß die andern Nationen daran vollkommen schuldlos seien. Jeder rechtlich denkende Mensch ist sich vielmehr darüber klar, daß der Artikel 231 des Versailler Friedensvertrages vom Kriegsggeist diktiert war, und daß ein solcher Artikel heute nicht mehr formuliert würde.“

Aber es gibt noch weit wirkungsvollere amerikanische Zeugen für diesen grundlegenden Wandel der Gesinnung und Meinung in dieser Frage. So hat das ehemalige Mitglied des Obersten Gerichtshofes des Staates Newyork, Frederik Baumann, in einem von ihm veröffentlichten „Offenen Brief“ an Poincaré (abgedruckt im Januarheft 1926 der Londoner Monatsschrift „Foreign Affairs“, Seite 196) wörtlich folgendes geschrieben:

„Sie, Herr Poincaré, geben noch etwas weiteres zu, was von ihren Freunden der Öffentlichkeit so hartnäckig verschwiegen wird, nämlich: daß Deutschland versuchte, eine friedliche Lösung zu erzielen, als es sah, daß Rußland einen allgemeinen Krieg machen und Deutschland und Frankreich hineinziehen würde. Sie, Herr Poincaré, behaupten, Deutschlands friedfertige Haltung habe auf der Furcht beruht. Sie geben diese Friedensbemühungen aber tatsächlich zu. Welche Anstrengungen dieser Art haben Sie, Herr Poincaré, gemacht? Keine, soweit die Urkunden es offenbaren. Diese beweisen tatsächlich das Gegenteil.“

So wird von amerikanischer Seite ausgerechnet der Mann immer mehr in die Enge getrieben, von dem seine eigenen Landsleute sagten, als er vor dem Kriege die französische Ministerpräsidentenschaft übernahm: „Poincaré c'est la guerre“ (Poincaré bedeutet den Krieg!). Die Wahrheit dieses Wortes wird gar bald als historische Tatsache gelten.

Ein anderer amerikanischer Professor war vor wenigen Monaten in Deutschland, wo er u. a. in Berlin und München — auf Veranlassung des um die Aufhellung der Kriegsschuldfrage so sehr verdienten „Arbeitsausschusses deutscher Verbände“ — Vorträge hielt. Es war der Professor der Soziologie am Smith College in Northampton, Harry Elmer Barnes, der ein Buch veröffentlicht hat „The Genesis of the World War“, in dem er sagt: Die Klarstellung der Kriegsschuldfrage sei **„eine der lebendigsten und wichtigsten Aufgaben des Tages“**. Er selbst gibt nach langjährigen eingehenden Forschungen seiner Überzeugung dahin Ausdruck:

„Frankreich wollte das Elsaß, Rußland die Dardanellen. Beide beschleunigten das Tempo der Rüstungen und damit den Ausbruch des

Krieges, weil sie fürchteten, England könnte abspringen. Serbien mußte mit Sarajevo herhalten. Frankreich und Rußland sind daher die allein Schuldigen am Weltkriege. Frankreich verausgabte ungeheure Summen für die antideutsche Propaganda. Die unmöglichsten Kriegsgreuel wurden erfunden und mit den raffiniertesten Mitteln illustriert. Wachsfiguren wurden hergestellt mit abgehakten Händen, die als Modelle für die französischen Greuelbilder dienten;" und weiter sagt er:

"Es gibt kein Beweismaterial, daß irgend ein verantwortliches Element in Deutschland im Jahre 1914 einen Weltkrieg wünschte, und der Kaiser gab sich mehr als irgend ein anderer europäischer Staatsmann während der Krisis Mühe, einen allgemeinen europäischen Brand abzuwenden."

So wird auch von Professor Barnes das Kernproblem des Versailler Diktates zugunsten Deutschlands und des Deutschen Kaisers entschieden und er kommt zu dem Schlusse, daß „eine Verteilung der Schuld am Kriege auch eine gerechte Verteilung der Lasten **notwendigerweise** zur Folge haben" müsse. Es ist ein Unglück für Deutschland, daß seine eigenen Staatsmänner und Politiker diese ganzen Fragen in der Nachkriegszeit gewissermaßen als ein Blümlein „Rühr-mich-nicht-an" behandelt haben, obwohl nach allem, was wir heute darüber wissen, sowohl der Artikel 231 wie auch der Artikel 227 des Versailler Vertrages in jedem Betracht unhaltbar sind.

Nun kann man zwar der Meinung sein — wie dem übrigens auch nationale Politiker oft genug Ausdruck gegeben haben —, der Verlust des Krieges zwingt Deutschland zu gewissen Leistungen an seine Feinde; man kann auch zugeben, Deutschlands Teilnahme an einem wirklichen Völkerbund sei für seine weltpolitische Stellung von weltpolischem Belang; müssen dann aber nicht gerade die, welche solche Auffassungen vertreten, vor allen Dingen sich dafür einsetzen, daß die Voraussetzungen einer darauf gestützten Außenpolitik restlos klargestellt und zur Entscheidung gebracht werden?

Welcher ungeheuerliche und verhängnisvolle politische Fehler ist nicht im August 1924 dadurch von Deutschland wiederum gemacht worden, als es das „Sachverständigengutachten" annahm und sich damit dem Dawesplane freiwillig unterwarf, **ohne gleichzeitig** die Vereinigung der Kriegsschuldfrage herbeizuführen! Ich gehörte damals selbst dem Reichstage als Abgeordneter an und ich habe gerade diese Verhandlungen — u. a. auch durch meine Schrift „Deutschland in Ketten und Fesseln" — zu beeinflussen gesucht; leider vergeblich. Regierung und Reichstag nahmen neue Lasten auf sich und ließen deren Grund-

lage, die Schuldlüge, auf sich beruhen. Heute weiß jedes Kind in Deutschland, was wir uns damit eingebrocht haben. Wir können nicht zur wahren Freiheit gelangen, solange wir nicht uns ermannt und dem an uns begangenen Frevel ein Endgemacht haben.

Solange die Franzosen Deutschlands Schuld am Weltkrieg behaupten können; solange sie sich als Rächer an dem Verbrechervolk der Deutschen aufspielen können; solange Frankreich am Zwangsfrieden von Versailles festhalten und sich zum ständigen Richter über Deutschland aufzuwerfen vermag, so lange wird es keine Gleichberechtigung für Deutschland geben und keine Möglichkeit wirklicher und aufrichtiger Verständigung mit Frankreich. Daran ändern auch alle guten Wünsche verständigungswilliger Deutscher und Franzosen nichts, und alle Anläufe dazu werden Mißerfolge bleiben.

Deutschland hat bei diesem Reinigungsprozesse nichts zu verlieren, aber es kann alles gewinnen. Ich erinnere Sie auch daran, daß im Jahre 1924 in Paris ein Prozeß ungeheuren Staub aufwirbelte, als es sich um den Nachweis handelte, daß in den Jahren 1912 bis 1914 eine große Zahl der bedeutendsten Pariser Zeitungen von der russischen Regierung, auf Veranlassung und unter der Vermittlung Poincarés, mit gewaltigen Summen bestochen worden waren, um die Kriegsstimmung des französischen Volkes hervorzurufen und stets weiter zu entfachen. „Figaro“, „Le Temps“, „La Lanterne“, „L'Aurore“, „Libre Parole“, „Gaulois“, „Radical“, „La Liberté“, ja selbst die „Havas“-Agentur — alle, alle Nationalisten und Sozialisten standen auf der Liste der bestochenen Kriegsbeher. In der Gerichtsverhandlung am 14. März 1924 trat der frühere russische Ministerpräsident Graf K o k o w z e w als Kronzeuge dafür auf. Er hatte selbst seinerzeit die Bestechungsgelder nach Frankreich geschickt und sagte unter Eid aus: „Ich habe die Artikel in der „Humanité“ gelesen und muß erklären, daß die veröffentlichten Urkunden von unwiderleglicher Echtheit sind.“

Solchen Beweisen gegenüber wird es verständlich, wenn der Franzose M o r h a r d t in seinem Buche „Les preuves“ den Satz niederschrieb:

„Wir haben an einem Vandalismus teilgenommen, den zu rechtfertigen den Angehörigen der heutigen Generation niemals gelingen wird.“

und wenn die französische Zeitschrift „L'ère nouvelle“ am 17. Dezember 1924 in einem Artikel „Die Wahrheit ist im Marsch!“ zu schreiben wagte:

„Wenn auch die Wahrheit noch nicht unter allen Gesichtspunkten festgestellt ist, so hat sie doch schon eine geteilte Verantwort-

lichteit durchblicken lassen, nicht der Völker in ihrer großen Mehrheit, sondern einiger Volkskreise und einiger Persönlichkeiten, die an einem Kriege Interesse hatten oder zu haben glaubten, und die zum Unheil für alle im Jahre 1914 bei den meisten europäischen Großmächten Macht und Gewalt in Händen hatten . . . Mehr als je müssen sie und der Grad ihrer Verantwortlichkeit ans Tageslicht gezogen werden. Was die deutsche Regierung betrifft, so erscheint es mehr und mehr, daß ihr trotz der Legende, die man uns hat glauben machen wollen, eine primäre Schuld nicht zur Last fällt und daß sie den Krieg nicht geplant hat."

Mag darum Herr Poincaré als gegenwärtiger Ministerpräsident Frankreichs immer noch mit übertriebener Selbstsicherheit Deutschlands Schuld am Kriege verkünden, der Tag kommt unausweichlich heran, wo gerade er und kein anderer als der Hauptschuldige an der Herbeiführung des Weltkrieges vor der ganzen Welt entlarvt sein wird. Heute schon wird ihm ja doch selbst in Frankreich ein Spiegel vorgehalten, der ihn sein Bild ganz anders erschauen läßt, als er es wahr haben möchte. In jenem Aufsatze der „L'ère nouvelle“ heißt es z. B. weiter:

„Heute häufen sich — nicht die Beweise — aber schwer belastende, übereinstimmende Verdachtsmomente der Wahrscheinlichkeit gegen Poincaré, so insbesondere sein in der Belastung erdrückender Briefwechsel mit Tswolski . . . Hat der Unschuldige Interesse daran, zu schweigen oder zu lügen? Warum verheimlicht man der Öffentlichkeit so lange das Datum der russischen Mobilmachung? Warum endlich diese Hartnäckigkeit Poincarés und seiner Freunde, die heute noch am Quai d'Orsay so mächtig sind, die Öffnung unserer diplomatischen Archive zu verhindern, die trotzdem erfolgen wird, weil sie erfolgen muß? Der Unschuldige scheut nicht das Licht und die Öffentlichkeit, sondern er verlangt Richter. Was fürchten Sie eigentlich, Herr Poincaré?"

Die Frage ist berechtigt. Wenn gegen einen Staatsmann und Politiker unwiderlegliche Beweise im Sinne seiner Verantwortlichkeit für den Ausbruch des Weltkrieges vorliegen, so ist das Herr Raymond Poincaré! Das zeigt im besonderen sein Briefwechsel mit dem ehemaligen russischen Gesandten in Paris, dem anderen Kriegstreiber, Tswolski, wie er in dem ausgezeichneten Werke von Leg.-Rat Dr. Stieve „Tswolski im Weltkriege“ enthalten ist. Von Tswolski wissen wir, daß der englische Botschafter in Paris in einer Aufzeichnung erklärt hat:

„Tswolski hat sich beim Ausbruch des Weltkrieges gebrüstet: „Dies ist mein Krieg!“

Darum wird es auch begreiflich, daß bereits im Oktober 1922 in offener Sitzung der französischen Abgeordnetenversammlung gegen

Poincaré von dem französischen Geschichtsforscher Ernest Renauld das Wort geprägt wurde:

„Sie sind der erste Totengräber Europas! Ihnen und Ihrer Politik ist es zu danken, daß aus französischem Boden in einer Ausdehnung von 600 Kilometern ein einziger Friedhof geworden ist!“

Wir sind nach alledem wohl berechtigt, zu fragen: **Wie lange noch will Deutschland schweigend dulden?** Es wird ja bald fast zu einem psychologischen Rätsel, daß ein großes Volk sich dauernd in solcher Weise vergewaltigen läßt, wie es mit uns Deutschen seit Versailles geschieht, ohne daß wir uns ernstlich dagegen wehren, sondern sogar noch unsere Ehre darein setzen, die uns infolge der Kriegsschuldlüge aufgezwungenen Lasten an die Ententemächte abzutragen. Dabei hat der frühere italienische Ministerpräsident Nitti schon im Jahre 1921 erklärt:

„Die Verträge sind die Verleugnung aller Grundsätze, welche die Entente während des Krieges erklärt und proklamiert hatte, und sie sind die gänzlich e Verneinung der vierzehn Sätze Wilsons, die nicht nur gegenüber den Feinden, sondern auch gegenüber den Demokratien der ganzen Welt eine feierliche Verpflichtung in sich schließen.“

„... Ich kannte von Grund aus diesen fluchwürdigen Vertrag und betrachtete ihn als den Ruin Europas... Er ist gleich verderblich für Sieger und Besiegte, da er aus dem Geiste der Gewalt, der Lüge und des Raubes entstanden ist.“

Es braucht doch wahrlich keines anderen Zeugnisses mehr, wenn selbst ein Mann wie Francesco Nitti, der den Versailler Vertrag als Vertreter Italiens mitunterzeichnet hat, ihn in solcher verachtenden Weise beurteilt. Aber hören Sie auch noch darüber zwei Stimmen aus neutralen Ländern. Ein Norweger, Victor Mogens, schrieb im Jahre 1925 darüber:

„Die Grundlage des Friedens beruht auf einer Lüge. Die Sieger haben nicht den Mut gehabt, zu sagen: wir haben die Macht, so soll es ein Machtfrieden sein, den wir aufzwingen, sondern sie haben die heuchlerische Lüge aufgebracht, als hätten die Mittelmächte aus schierem Übermut die 'friedliebenden' Länder Serbien, Frankreich und Rußland ohne Grund plötzlich überfallen. Und in einem einseitigen Verfahren, das die Rechtsbegriffe aller Zeiten und Völker kränkt, indem dieselbe Person Partei, Kläger, Zeuge und Richter war, wurde die Alleinschuld Deutschlands am Kriege ausgesprochen, und durch die Drohung: 'Wenn ihr nicht unterzeichnet, geht die Hungerblockade weiter, und es verhungern auch fernerhin bei euch mindestens 800 Personen täglich', die Unterzeichnung erzwungen. Was bedeutet die Tortur im Mittelalter, was bedeuten alle heidnischen Greuel gegen diese Folter? Und auf diesen wider besseres Wissen erprehten Geständnissen fußt Poincaré in jeder seiner Sonntagsreden, und

Lloyd George erklärte, für die Alliierten ist die von den Deutschen offen zugegebene Schuld am Kriege die Grundlage der Friedensverträge, an der unter keinen Umständen gerüttelt werden darf."

Und der bekannte Schweizer Schriftsteller **H e r m a n n S t e g e m a n n**, dessen militärwissenschaftlichen Bücher über den Weltkrieg einen Weltruf erlangt haben, hat im Jahre 1926 ein Buch veröffentlicht, „Das Trugbild von Versailles“, das ein geradezu überwältigendes geschichtliches Tatsachenmaterial enthält zur Beurteilung des Versailler Diktates. Er sagt darin: „Der Vertrag von Versailles verkörpert daher ein irrationales politisches Prinzip“, und spricht es offen aus:

„Sobald der historische Beweis erbracht wird, daß die kausalen Zusammenhänge Deutschland und seine Verbündeten nicht als Erreger des Weltkriegs erscheinen lassen, fällt nicht nur die Behauptung selbst dahin, sondern bricht auch die moralische Basis des Vertrages zusammen.“

Nun: dieser historische Beweis konnte von niemand besser erbracht werden, als ihn Stegemann in seinem Buche erbracht hat, und wir Deutschen können danach trotz aller uns angetanen Schmach und Bedrückung stolz unser Haupt erheben, wenn wir uns endlich dazu entschließen und aufstehen, die Fesseln zu sprengen, in welche die Weltheuchelei uns zu schlagen wußte. Wenn der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund einen Sinn haben soll, dann kann es doch nur der sein, daß Deutschland sich von den Ententemächten nicht mehr als Paria unter den Völkern behandeln läßt, sondern sie auf Grund der Vertragstatsachen zwingt, das Deutsche Reich wieder als gleichberechtigte Nation gelten zu lassen.

Darum müssen Frankreich, England und all' die andern es auch zulassen, daß Deutschland die Kriegsschuldblüge widerruft und damit die Artikel 227 und 231 des Versailler Vertrages zu Fall bringt. **Gleichzeitig** damit hat Deutschland das unbestrittene Recht, die **Leistungen** daraus, wie auch die aus den Dawesgesetzen, einzustellen und von dem Feindbunde neue Verhandlungen zur **Bereinigung der Kriegslasten zu fordern!** Das ist die einzige „Verständigungspolitik“, der wir nachjagen dürfen, und nur wenn sich eine deutsche Regierung findet, die eine solche Außenpolitik als ihre Aufgabe empfindet und durchführt, wird dem deutschen Volke die Freiheit, Europa die Befriedung und der Welt der Zustand einer verhältnismäßigen Ausöhnung der Völker beschieden werden können.

„Deutschland ist nicht als Erdulder, sondern als **T r ä g e r** seines Schicksals zum Völkerbund gekommen. Käme es als Dulder, so gewänne die Gemeinschaft, in der die Stärkeren gebieten, so sehr

sie selbst auch leiden mögen, weder an Tragkraft noch an Willen zur Erhebung. An der Genesung Deutschlands ist alles gelegen. Der Ausgang der Krisis einer Schicksalsgemeinschaft wird nicht so sehr durch das Geschick der triumphierenden, als vielmehr durch das Schicksal der unterlegenen Mächte bestimmt. Nicht das Beharrungsvermögen der Sieger, sondern die Erneuerungskraft der Besiegten stößt die Welt vorwärts."

Diese Gedanken, mit denen Stegemann sein Buch über „Das Trugbild von Versailles“ geschlossen hat, mögen uns Trost und Hoffnung geben in dem harten Kampfe um das Daseinsrecht des deutschen Volkes. Sie vermögen das allerdings nur, wenn wir Deutsche allesamt wie ein Mann in diesem Kampfe zusammenstehen und in eng verbundener und empfundener Schicksalsgemeinschaft den Befreiungskampf führen wider die Lüge von Versailles. Wir können das, wenn wir nur ernstlich wollen. Aber das ist's: **Wollen müssen wir, wollen!** Darum:

Nicht barmen und bitten, nur mutig gestritten!

Nie kämpft es sich schlecht für Freiheit und Recht!

Für Deutschlands Befreiung
und für die Freiheit des deutschen Volkes
kämpft unerschrocken
die unabhängige Wochenschrift

„Die Reichs-Sturmflotte“

Herausgeber Alfred Roth

Durch die Post bezogen monatlich 1 Mark
Zeitungsliste Seite 135